

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Postgebühren. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hammann

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 237.

Herford, Freitag, den 8. Oktober 1920

38. Jahrgang.

Der Weg nach Genf.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Delacroix, der belgische Ministerpräsident, wird in den nächsten Tagen nach London reisen, um mit Lloyd George zu verhandeln. Herr Delacroix ist nicht nur belgischer Ministerpräsident, sondern auch ein gewandter und willfähriger Agent Frankreichs. Das zeigte sich schon in Spa, wo Delacroix als Vorsitzender wiederholt dem französischen Unmut Worte und Gesten verlieh, sobald die Deutschen an den Eisenbahnen rüttelten. Einen neuen Einklagen erlangte Delacroix, als er das Einverständnis mit Millerand feststellen konnte, nicht nach Genf zu gehen. Das war nicht nur eine Ueberrumpfung der Verbündeten, sondern auch ein vortreffliches Zusammenspiel. Gines Laves erörtere nämlich der „Temps“ in griechischer Weise den Wert der Genfer Verhandlungen. Er kam zu dem Schluss, daß es besser sei, nicht nach Genf zu gehen. Und Tages darauf wußte „Havas“ schon mitzuteilen, daß Belgien gleichfalls der Meinung sei, daß es Delacroix übernommen habe, einen Antrag auf Ausschaltung der Verhandlungen in Genf zu stellen. Die öffentliche Meinung in Italien zeigte sich zunächst überrascht, die englische blieb verhältnismäßig schweigsam, da das Interesse an den belgischen Zwischenfällen nicht mehr so groß ist. Immerhin hatten Lloyd George und Giolitti sich noch nicht geäußert. Millerand traf zwar den italienischen Ministerpräsidenten im Schwefelbad Aix les Bains, wo beide Staatsmänner sich in der Kunst übten, mit viel schönen Worten nichts zu sagen. Die französische Presse behauptet zwar, Giolitti habe sich mit der Ausschaltung Genfs einverstanden erklärt, aber das war aus der Botschaft von Aix les Bains nicht herauszulesen. Giolitti ist viel zu klug und erfahren, um so plump zu spielen wie Millerand und Delacroix. Noch immer aber schweigt Lloyd George. Auf seine Meinung kam es an. Er verließ Luzern, ohne Millerand gesehen und gesprochen zu haben.

Inzwischen begannen die Verhandlungen in Brüssel. Sie waren ohne Genf ein Messer ohne Klinge. Weil in Brüssel das Kernproblem, die deutsche Wiedergutmachung, ungelöst vorlag, deshalb mußte die Finanzkonferenz ein völliges Versagen werden. Lloyd George hat offenbar dies Ergebnis abgewartet, um langsam weiter zu tasten. Das Versagen meldete am 6. Oktober, daß Lloyd George dem Vorschlag, die Deutschen nur durch den Wiedergutmachungsausschuss zu hören, nicht günstig gegenüber stehe. Insbesondere halte er dies Verfahren nicht für einen brauchbaren Ersatz der in Spa angestrebten Genfer Verhandlungen. Sehen wir nur das Tatsächliche. Lloyd Georges Meinung ist noch kein Beschluß, Genf also noch immer ungewiß. Aber daß der englische Ministerpräsident in dieser Form wieder einmal die Flucht in die Öffentlichkeit antrat, das zeigt, daß das Spannungsverhältnis zwischen Frankreich und England wieder zugenommen hat. Sicher sind zuvor Mahnungen und Weisungen nach Paris gelangt, den Vorschlag, die Deutschen nur im Wiedergutmachungsausschuss zu hören, fallen zu lassen. Millerand lehnt es ab, wohl in Erinnerung an seinen diplomatischen Sieg über Lloyd George in Sachen der Anerkennung des Generalis Wrangel. Damals war Lloyd George peinlich überrascht und bestürzt. Diesmal drückt er sich gedämpfter aus, denn er steht dem Vorschlag lediglich nicht günstig gegenüber. Lloyd George hat in Spa sein Wort verstanden, daß die Frage der Wiedergutmachung in Genf verhandelt werden solle. Deutschland muß darauf bestehen, denn vor dem Wiedergutmachungsausschuss ist kein geordnetes Verfahren möglich. Es ist nicht wahr, was die französische Presse fortwährend dem deutschen Volke unterstellt, daß es vertragsbrüchig werden und nicht zahlen wolle. Deutschland hat zu jeder Zeit seine Bereitwilligkeit erklärt, die Forderungen aus den Niederlagen zu ziehen. Frankreichs Schuld ist es, wenn bisher die Entschädigungssumme noch nicht festgesetzt werden konnte, weil es die finanzielle Verpflichtung Deutschlands zu einer ewigen Last gestalten möchte. Nun wird sich Millerand durch Begues wohl äußern müssen. Wir können warten. Aber wir werden trotzdem nicht schweigsam bleiben, wenn die französische Presse immer und immer wieder die unbegrenzte Zahlungsfähigkeit Deutschlands behauptet. Sagen wir es rund heraus: Dies Verfahren ist unschicklich. Die Franzosen wissen, soweit sie es wissen können, und müssen, daß die deutsche Währung zerrüttet ist, daß die Papiergeldüberflutung kein Kapital darstellt. Gewiß können diese Versuche der französischen Presse die Sachverständigen in England, den Vereinigten Staaten und in Italien nicht überzeugen. Aber die französische öffentliche Meinung wird dadurch gegen Deutschland aufgepeitscht, um so die Regierung in dem Verlangen zu unterstützen, Deutschland gegenüber alle Droßelgriffe des Versailler Vertrages und des Spa-Abkommens anzuwenden. Wenn die Fran-

Das Neueste vom Tage.

Der Reichsrat versammelte sich gestern zu einer Vollsession. Vorher hielten die vereinigten Ausschüsse für Haushalt und Rechnungsweisen, für Volkswirtschaft, für innere Verwaltung, für Verkehrsweisen, für Steuer- und Zollwesen Sitzungen ab.

Der Reichspräsident hat heute den kubanischen Gesandten zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, war bei dem Empfang zugegen.

Die Hamburger Bürgerschaft stimmte dem Antrage des Senats auf Ernennung eines Hamburger Gesandten bei der Reichsregierung mit 40 000 M Gehalt und 60 000 M Aufwandsentschädigung zu.

Gegenüber Gerüchten von einem bevorstehenden Abbau des Achtstundentages wird von zuständiger Seite erklärt, daß zwar eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit bevorsteht, von einer Beseitigung des Achtstundentages aber nicht die Rede sein könne, da sich Deutschland zu dessen Einhaltung auf der ersten Völkerverbundhauptversammlung in Washington 1919 verpflichtet habe.

Der Lloyd-Luftdienst beabsichtigt im kommenden Frühjahr den täglichen Verkehr auf der Linie Bremen-Frankfurt einzurichten und in Münster einen Landungsplatz vorzusehen.

Der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, betonte in einem Vortrag in Stuttgart, daß Deutschland in seiner jetzigen traurigen Wirtschaftslage mehr denn je Kolonialbesitz zur Gewinnung billiger Rohstoffe und als Absatzgebiet zur Aufnahme seiner überschüssigen Volkskraft benötige.

Der Völkerverbund hat nunmehr Einladungen an seine Mitglieder und an Amerika für die erste Generalversammlung der allgemeinen Konferenz ergeben lassen, die am 20. November in Barcelona zusammentreten soll, um die Verkehrsfragen zu regeln.

Das Internationale Arbeitsamt will die Unterhandlungen mit dem Völkerverbund betreffend die Schaffung eines internationalen statistischen Amtes für Preise und Qualitäten fortsetzen. Das der Finanzwirtschaftsabteilung des Völkerverbundes angeschlossen ist und dessen erste Abteilung sich mit der Kohle befassen soll.

Graf Gernin teilte in einer Wählerversammlung in Wien mit, daß Deutschland gegen den Anluß Österreichs sei, da es Repressalien Frankreichs in den Rheinlanden befürchte.

Die Jugo-Slawen sammeln starke Truppenkontingente hart an der kärntneren Grenze. In ganz Jugo-Slawien werden Aufrufe an die Bevölkerung veröffentlicht, sich freiwillig zu melden, um die Volksabstimmung unmöglich zu machen.

Als Protestkundgebung gegen die Erdrosselung der deutschen Schulen in Böhmen durch die tschechische Regierung wurde von dem deutschen parlamentarischen Verbande für heute und morgen ein allgemeiner Schulstreik in der ganzen Republik beschloffen.

Der ausführende Rat der Vereinigung der englischen Handelskammern hat sich in einer Entschließung gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen, solange nicht alle nationalen, kommunalen und Privatschulden aus der Zeit vor dem Kriege anerkannt werden.

In Belfast (Irland) haben die Truppen zahlreiche Durchsuchungen vorgenommen. Angriffe der Sinnfeiner, die den Charakter einer Guerillakriegführung hatten, wurden sämtlich zurückgeschlagen.

Die Familie des Bürgermeisters von Corf hat sich an die beiden amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Cox und Harding gewandt, damit diese zugunsten Irlands intervenieren.

In allen Städten Portugals soll der Generalstreik erklärt worden sein. Das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung, die Eisenbahner, die eingeschriebenen Seeleute, die Bergarbeiter und die Bäcker sollen die Arbeit vollkommen niedergelegt haben.

zosen von der Wiedergutmachung reden, so meinen sie das Rheinland und das Ruhrgebiet. Und gerade das ist ein glatter Vertragsbruch, da der Versailler Vertrag schließlich auch für Frankreich gilt.

Die Ausfaltung Deutschlands.

Niefige Aufwendungen für die Besatzungstruppen.

Mit. Berlin, 7. Okt. Der Reichsrat hatte auf gestern zur Erhaltung des Berichtes des Ausschusses über den Haushaltsplan des Reichsfinanzministeriums eine Vollsession anberaumt, in der der Berichterstatter sich außerstande erklärte, das Referat zu erstatten, weil in der Zwischenzeit bekannt geworden war, daß riesige Erhöhungen der Aufwendungen für die Besatzungstruppen erforderlich werden. Der Berichterstatter stellte infolgedessen die Anfrage an den Minister, welche Bewandnis es mit diesen Erhöhungen habe und wie hoch sich nach Ansicht des Ministers der Gesamtaufwand stellen würde. Der von dem Reichsfinanzminister gegebenen Begründung ist folgendes zu entnehmen: Bei Aufstellung des Etats im Februar 1920

schätzte jede sichere Unterlage.

Die Anfrage bei der Rheinlandskommission über die Stärke der Besatzung und ihre Bedürfnisse an Geld, Verpflegung, Wohnungen, Gebrauchsgegenstände usw. ist bis heute unbeantwortet geblieben. Der Reichsrat hatte im Oktober 1919 auf eine Anfrage der deutschen Wehrstaatskommission geantwortet, die deutsche Regierung habe keine Kontrolle zu üben über die Verwendung der eingeforderten Marktvorschüsse, die ihr auf die Besatzungskosten (frais d'occupation) gutgeschrieben würden. Der einzige Anhalt für die Aufstellung des Etats 1920 ergab sich für das Reichsfinanzministerium aus einer Erklärung des Vorsitzenden der interalliierten Kommission, Herrn Loucheur bei den Verhandlungen im August 1919. Herr Loucheur hat damals auf die Feststellung des Staatssekretärs Dr. Grawert, daß im besetzten Gebiet Kasernement für 70 000 Mann vorhanden seien und auf seine Forderung, daß die Besatzungstruppen diese Zahl nicht überschreiten sollten, erwidert, die Zahl würde

wohl um etwas höher

sein. Das Reichsfinanzministerium mußte demgemäß annehmen, daß nur mit einer mäßigen Ueberschreitung dieser Ziffer zu rechnen sein würde. Es hat die gesamte Besatzungsstärke auf 80 000 Mann und unter Zugrundelegung der für die deutschen Reichswehrsoldaten erwachsenden Kosten die Kosten für den normalen Unterhalt der Besatzung auf 1,92 Milliarden Mark veranschlagt. Unter Zurechnung der Ausgaben für die Requisitionen ist das Reichsfinanzministerium auf Grund runder Schätzungen auf den im Etat gestellten Betrag von 3 Milliarden Mark gekommen. Aus den stets wachsenden Anforderungen an Geld und an Sachleistungen wurde bereits in den folgenden Monaten der Schluß gezogen, daß dieser Voranschlag hinter den tatsächlichen Kosten zurückbleibt. Die nur indirekt möglichen Feststellungen über die Besatzungsstärke ergaben eine Ziffer von etwa 130 000 Mann. Die von den Besatzungsmächten geforderten Barzahlungen für den Unterhalt der Besatzungstruppe, die sogenannten Marktvorschüsse, erreichten von Ende Dezember 1918 bis Ende August 1920 die Summe von 2313 097 603 Mark. Für die Vierung von Verpflegung und Futtermitteln wurden bis zum gleichen Zeitpunkt etwa 110 000 000 Mark veranschlagt.

Außerdem ergab sich auf Grund der im September abgeschlossenen Erhebungen, daß die bis Ende März 1920 aufgelaufenen Quartier- und Requisitionentschädigungen auf einen Gesamtbetrag von

über 5 Milliarden Mark

veranschlagt werden mußten, der zum überwiegenden Teil erst im Rechnungsjahr 1920 zur Auszahlung kommt.

Diese Beträge stellen aber nur einen Teil der tatsächlichen Kosten dar. Es steht noch aus der überwiegende Teil der von den Besatzungsmächten verauslagten Beträge für Besoldung und Unterhalt der Truppen und für von ihnen unmittelbar bezahlte Requisitionen. Für die Schätzung der Höhe dieser Zahlungen ist das Reichsfinanzministerium, da es bisher keinerlei offizielle Aufklärung erhalten konnte, ausschließlich auf Zeitungsnachrichten angewiesen, für deren Zuverlässigkeit keine Gewähr gegeben ist. Der Bericht des französischen Abgeordneten Loucheur, den er im Namen der französischen Budgetkommission der französischen Kammer am 14. Juni 1920 erstattet hat, und dessen authentischen Wortlaut wir uns erst vor kurzem beschaffen konnten, schätzt die Kosten der Besatzungsarmee bis 1. Mai 1920 auf 4 Milliarden Goldmark, was einem Betrage von

40 Milliarden Papiermark

entspricht. Es ist nicht ersichtlich, ob Herr Loucheur hierbei lediglich die Kosten der französischen Besatzungsarmee oder die Gesamtkosten der Besatzung im Auge hatte. Geht man von letzterer Voraussetzung aus, so ergibt sich eine monatliche Ausgabe von 23 Milliarden, d. h. eine Jahresausgabe von 27,6 Milliarden Papiermark.

Wenn wir demnach nur 15 Milliarden in den Etat eingestellt haben, so geschieht dies in der Erwartung, daß die ganze Besatzungsfrage einer radikalen Minderung unterzogen wird.

Der Reichsrat verlangte hierauf über alle Einzelheiten und Umrissen der hohen Besatzungskosten eingehenden Aufschluß und verwies den Etat des Reichsfinanzministeriums an den Ausschuss zurück.

In seiner Donnerstag-Sitzung nahm dann der Reichsrat eine

Entschließung an die Reichsregierung

an, in der es heißt:

Die Ausgaben in dem dem Reichsrat vorgelegten Reichshaushaltentwurf für 1920 vermehren sich, wie erst jetzt festzustellen möglich gewesen ist, durch Steigerung der laufenden Aufwendungen zur Unterhaltung des Besatzungsheeres in den Rheinlanden auf 91,5 Milliarden Mark. Ungeachtet hiervon sind 49,7 Milliarden Mark. Der Gesamtbetrag unter Einschluß des Fehlbetrages bei Eisenbahn und Postverwal-

Der gelbe Fehel.

Von Adolf Galt.

(Schluß)

voll reich, und bewundern die taubend stilles und schreien, die in seiner Wohnung herumhocken. Und dann lachen sie wie toll, wenn er ihnen irgend einen Offenern auf dem Gammelpfoten vorstelt, das er im Gedächtnis hatte, und lachen hinterher über die Ge-

tung beträgt somit 67,7 Milliarden Mark. Die Finanzlage ist hiernach so ernst, daß das Gebot strengster und rücksichtsloser Einschränkung der Ausgaben nicht aufs neue betont zu werden braucht. Je mehr, nachdem die Gestaltung des Haushalts von den in ihrem Ausmaß ungeheuren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages herbeigeführten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängig ist, umso zwingender erhebt sich die Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten die starke Minderung der Ausgaben eintreten zu lassen, die für ein verarmtes Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministers auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Bemessung in unserer Hand liegt. An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die dringende Bitte, ihre Entschlüsse so zu gestalten, daß das Ziel, der Finanzminister mit den zur Durchführung strengster Sparmaßnahmen bei den Reichsausgaben unentbehrlichen Machtbefugnissen auszuführen, erreicht wird.

Die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses.

Die Verhandlungen des ersten Teils des Betriebsrätekongresses haben mit der Annahme des Antrages Wißell-Gilserding geendet. Das Bemerkenswerteste an den Beschlüssen aber ist wieder einmal, wie so oft, das, was nicht in ihnen enthalten ist. Zurückgestellt worden ist die Entscheidung über die Frage, ob die Arbeiter in den Arbeitsgemeinschaften bleiben sollen. Die Frage der entschuldigungslosen Sozialisierung ist ausgeschieden worden. Alle Anträge über diese Fragen wanderten in den Papierkorb in der Form, daß sie dem Beirat als Material überwiesen wurden. Die Resolution Wißell konstatiert wortreich den Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, aber volkswirtschaftlich ist es geradezu ein Hohn auf die tatsächlichen Verhältnisse, wenn in ihr gesagt wird, daß das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage die Preise zu Monopolpreisen macht. Auch Herr Wißell mußte wissen, daß das Angebot, wenigstens was den inneren Markt anlangt, infolge der allgemeinen Teuerung, die Nachfrage übersteigt. Es ist auch demagogisch, aus glänzenden Einzelergebnissen allgemeine Urteile herzuleiten. Wie die sozialistische Wirtschaft, die nach Herrn Gilserding eine Bedarfsdeckungswirtschaft sein soll, den Reichsfinanzen die notwendigen Erträge liefern und uns im Export den Ausgleich für die einführenden Rohstoffe und Lebensmittel bringen würde, das ist das Geheimnis der Herren von der Sozialdemokratie. Herr Wißell fordert zunächst die Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftsbetriebe, Gilserding will das Ziel zunächst auf die Sozialisierung des Bergbaues konzentrieren. Daß er dabei eine Vollsozialisierung im Auge hat, erklärt er ganz offen. Aber die Sozialdemokratie sollte sich doch einmal überlegen, was wir anfangen sollen, wenn die Bergwerke nach dem Muster der Verkehrsankalten Zuschußbetriebe würden. Wie soll dann noch eine finanzielle Gesundung und eine Wiedergutmachung möglich sein? Solange darauf keine Antwort gegeben wird, kann man in den Beschlüssen des Betriebsrätekongresses nur eine Fütterung der Arbeiter mit unrealisierbaren Illusionen sehen.

Linksradikaler Terror.

Wtd. Berlin, 7. Okt. Nachdem am Montag im Kraftwerk Heegermühle des Märkischen Elektrizitätswerks die Belegschaft in einen wilden Streik getreten war, der von einer Minderheit durch Terror erzwungen war, gelang es der Vermittlung der Gewerkschaftsführer, daß die Arbeit am gleichen Abend wieder aufgenommen werden konnte. Die Rädelstrolche eroberten daraufhin mit Anhängern aus den umliegenden Industriebetrieben das Kraftwerk und legten die Stromlieferung für Industrie und Landschaft still. Nachdem durch die Sicherheitspolizei die aufrührerischen Elemente vertrieben worden waren, wurde der Betrieb zunächst beschränkt wieder aufgenommen. Mit der Wiederaufnahme des vollen Betriebes ist zu rechnen.

Vottrop, 6. Okt. Die Belegschaft der Zeche „Vor Walheim“ verlangte die Absetzung des alten Betriebsrates mit der Begründung, daß keine Unionisten darin vertreten seien. Als diese Forderung abgelehnt wurde, trat die Belegschaft in den Ausstand.

Im Schillingshof.

Roman von E. Marlitt.

Das Blut schoß ihr in das Gesicht — sie stand vor einem peinlichen Zwiespalt. Wie sollte sie ihm, den sie seit jenem Abend nicht wiedergesehen, diese Mitteilungen machen? Zu einer langen schriftlichen Auseinandersetzung blieb ihr keine Zeit; ebensowenig konnte sie ihm zumuten, behufs einer Besprechung mit ihr die Gemächer zu betreten, die sie selbst in so schroffer Weise unzugänglich gemacht — sie fürchtete mit Recht eine empfindliche Zurückweisung. Es kostete einen bitteren Kampf; aber sie steckte schließlich Luciles Brief in die Tasche, um — in das Atelier zu gehen. Keine schob sie die Tür des Glashauses zurück und trat, von einem wilden Herzklappen fast ersticht, auf den kühlen Asphaltboden, den das äppig quellende Grün da und dort frei ließ. — Das erste, was sie erblickte, jagte ihr ein heftiges Erbeben über das Gesicht — eine Glogniengruppe schimmerte in sanfter Farbenhaut zu ihr herüber. Da waren die Blüten — vielleicht die ersten, kaum aufgebrochen — gepflückt worden, die sie neulich mit verletzender Kälte zurückgewiesen hatte. Sie wandte den Kopf weg, reckte sich empor und ging dem Eingang zu, der in das Atelier führte. Sie trat geflüstert fest auf, und ihr schwarzes Reifkleid rauschte in allen Falten — man sollte ihr Kommen hören; allein die plätschernden Springbrunnen verschlangen das Geräusch. Die Glasstir stand offen; drüber aber hing der dunkle Samtvorhang und verwehrte nahezu den Eintritt. Durch die Spalte, die der Faltenwurf frei ließ, sah Donna Mercedes den Herrn des Schillingshofes umher der Staffelei stehen; er hatte den Malstoch in der Hand und war, den prüfenden Blick auf das Bild geheftet, am einige Schritte zurückgetreten. Er war vertieft in seine Aufgabe, und Donna Mercedes schaute sich, die Stille, die ihn umgab, durch ein lautes Wort zu unterbrechen. Sie schob den schweren Samtvorhang leise mit der Rechten zurück — so blieb sie stehen und sagte: „Darf ich für einige Augenblicke um Gehör bitten, Herr von Schilling?“ Er fuhr empor. Sie sah deutlich, daß Unmilde die Empfindung war, die ihr Erscheinen zunächst in ihm hervorrief; dann funkelte es

Ein hochherziger Entschluß.

Uebersehtichten für tuberkulose Kinder.

tu. Berlin, 8. Okt. (Sig. Draht.) Dem „Vorwärts“ wird aus Notdach in Sachsen mitgeteilt: Infolge des Uebernehmens der Jugendfürsorge durch Tuberkulose, beschloßen die Belegschaften der beiden Notdach Grubenwerke, zum Besten der Lungentranke eine Uebersehticht zu verfassen, deren Gesamteinkommen einschließlich der sich ergebenden Betriebsgewinne einem von der Arbeiterschaft selbst zu verwaltenden Fonds zufließt. Der Fond genügt, um 30 bis 40 Kindern ein Heim zu schaffen.

Preussische Landesversammlung.

Die dritte Lesung und damit die Verabschiedung der Novelle zum Gesetz über Groß-Berlin ging gestern, Donnerstag, nicht lautlos über die Bühne der Landesversammlung. Die U. S. P. hatte als Redner den Abg. Kilian vorgeschickt, der mit einer fürchterlichen Reduktion des jogen. bürgerlichen Parteien den Vorwurf der Reaktion, des Antriezes zum Klassenkampf und so weiter machte. Auch die sozialdemokratische Partei erhob mit viel Stimmensaufwand starke Angriffe bei größter Unruhe im Hause. Der Sozialdemokrat Geilmann begann seine Ausführungen damit, daß er die Rede des Unabhängigen Kilian als die erste offizielle Rede eines Kommunisten in der Landesversammlung bezeichnete. Er betonte, seine Parteistimme gegen die Novelle, mache aber keine Opposition, damit die Entscheidung sobald als möglich herbeigeführt werde. Die U. S. P. habe kein Einspruch dagegen erhoben, daß die Regierung dem Magistrat vorläufig nicht befehlige. Einen Zwischenruf Adolf Hoffmanns — „es geht nichts über die altfeindlichen Pfaffen“ — erwiderte Geilmann mit den Worten: „Wenn ich die Wahl hätte, welche Seite ich ihn zuzuwenden habe, würde ich nicht zweifeln, daß man nicht also, daß im Leben der ersten Arbeit auch der Humor im Parlament auf seine Rechnung kommt. Der demokratische Abg. Oberbürgermeister Dominicus gab die Erklärung ab, daß die Demokraten für die Novelle stimmen, damit auch die Minderheit im Magistrat vertreten werde. Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme des Ergänzungsgesetzes mit 161 gegen 123 bei 4 Stimmen Enthaltungen. Dagegen hatten gestimmt die beiden sozialdemokratischen Parteien. Das Gesetz über Änderungen der Zusammenfassung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen wurde nach geleertem Hause beraten. Darauf begann die erste Lesung zu dem preussischen Wahlgesez. Zunächst begründete der Abg. Dr. v. Richter den Antrag der Deutschen Volkspartei, die Wahlen bereits am 12. Dezember vorzunehmen. Er meinte nach seinen Ausführungen, daß das Wahlergebnis sich mit jenem der Reichstagswahlen vom 6. Juni decken würde. Es kam aus seinen Worten aber schon ein kleiner Zweifel durch, ob nicht der Eintritt der Deutschen Volkspartei gewollt sind. Nach ihm räumte der Abg. Mittel, von der Deutschnationalen Volkspartei zur Begründung ihres Antrages, über die schnelle Verabschiedung eines Wahlgesetzes das Wort. Es sind bereits weitere 6 Wortmeldungen eingebracht, die darauf schließen lassen, daß das Haus, welches mit Rücksicht auf die Ausschussberatungen und die Parteitage der sozialdemokratischen Parteien sich bis zum 19. Oktober versagen will, eine Dauer Sitzung erleben wird. Die Demokraten haben den Abg. Janßen als ihren Redner bestimmt, der zum Ausdruck bringt, daß das Wahlgesez nach dem Entwurf unannehmbar und im Ausschuss einer gründlichen Durchberatung bedarf.

Rundschau.

Die angeklagten Weiblicher über Oberschlesien werden, wie M. B. von zuständiger Stelle erfährt, dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden. Sie sind zu einem Bande vereinigt und enthalten Material über die geheimen politischen Kampforganisationen Oberschlesiens und deren Zusammenhang mit dem Aufstand im August 1920. Sie bringen weiter Feststellungen über das Verhalten der interalliierten Kommission und ihrer Organe, insbesondere der französischen Truppen sowie eine Zusammenstellung politischer Uebergriffe und Verbrechen.

Der Streit um die Bergbauverstaatlichung. Bekanntlich hatte das offiziöse Telegraphenbüro W. L. B. gemeldet, daß das Reichskabinett unter dem 22. September beschloßen habe, „dem Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaus vorzulegen.“ Für diesen Beschluß hatten auch die drei Minister der Deutschen

Volkspartei gestimmt. Inzwischen sind zwei Wochen vergangen, und jetzt plötzlich behauptet die „Tägl. Rundschau“, daß das Reichskabinett niemals die Sozialisierung des Bergbauverstaatlichung beschloßen und die volksparteilichen Minister niemals dem Beschluß zugestimmt hätten. Das Kabinett habe lediglich die Vorlage eines Rohlenbergbaugesetzes beschloßen, den beiden Vorschlägen der Sozialisierungskommission aber nicht zugestimmt. Daraus dürfte soviel wahr sein, daß die Vorschläge der Sozialisierungskommission in der vorliegenden Form sich nicht verwirklichen lassen. Der offiziöse Bericht hat seinerzeit auch nicht behauptet, daß sich die Vorlage flüssig an die Grundzüge der Kommission anlehnen würde. Aber im Grunde handelt es sich doch nur um einen Streit um Worte. Die Deutsche Volkspartei ist allerdings in einer etwas fatalen Lage, da ihr geschäftsführender Ausschuss sich kurz vor jenem Kabinettsbeschlusse schroff gegen jede Sozialisierung festgelegt hatte. Aber es ist in dieser Zeit nicht ganz unbedenklich, nun mit solchen Dementiverklärungen hervorzutreten, wie es die „Tägl. Rundschau“ tut. Der „Vorwärts“ stimmt denn auch mit allen Kräften gegen das Blatt an, spricht von einem „Januskopfe der Volkspartei“, einem „Doppelspiel“, und erklärt es für notwendig, festzustellen, welches Spiel die Deutsche Volkspartei mit dem Finanzminister und mit dem deutschen Volke treibt. Es ist sicher nicht klug, jetzt solchen Streit zu entfesseln.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Gernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

8. Oktober.

Ein Raubüberfall in der Brüderstraße.

Der Täter verhaftet.

Ein gemeiner Raubüberfall wurde vorgestern nachmittag in der Brüderstraße verübt. Dort trat am Nachmittage ein schwächlicher junger Mann in die Altwarenhandlung der Frau Rosalie Gschl, Brüderstraße 1, und holte dem 13jährigen Sohne der Inhaberin eine Tasche zum Kauf an. Der Junge bedeutete ihm jedoch, daß sie in ihrem Geschäft keine Verwendung für solche Waren hätten. Zudem könne er seinen Kauf abschließen, da seine Mutter vor einer halben Stunde weggegangen sei. Darauf entfernte sich der junge Mann.

Kurze Zeit darauf kehrte er wieder zurück und verlangte einige Bücher, wie sie im Schaufenster ausgestellt seien zu kaufen. Bereitwillig legte ihm der Junge das Verlangte vor. Plötzlich packte der Fremde den Knaben mit beiden Händen am Hals und würgte ihn mit allen Kräften. Der Junge aber, dem das unsterbliche Benehmen des Täters schon aufgefallen sein mochte, wehrte sich so viel er konnte. Tatsächlich gelang es ihm auch, sich loszureißen, doch nur für einen Augenblick. Gleich hatte ihn der Fremde wieder gefaßt, und indem er mit der einen Hand dem Kleinen den Hals zudrückte, versuchte er mit der anderen die Taschenkasse zu erreichen, um sie zu berauben. Als dem Jungen nun die Luft auszugehen drohte, machte er nochmals verzweifelte Anstrengungen loszukommen. Unter Aufwand aller Kräfte riß er sich los und taumelte zur Taschenkasse auf den Fuß hinaus, wo er in laute Hilferufe ausbrach. Nochmals stürzte der Unhold auf ihn zu, um ihn am Schreien zu verhindern und in den Laden zurückzuziehen, da kamen aus der Nachbarschaft Leute herbeigelaufen. Sofort hatten diese die Sachlage erkannt und leiteten die Flucht erregenden Fremden nach, die Brüderstraße hinunter. Leider hatte dieser aber einen beträchtlichen Vorsprung und als die Verfolger in den Martinsgang einbogen, wo der Strich verschwand, den war, konnten sie keine Spur mehr von ihm entdecken. Auch die Nachforschungen der sofort benachrichtigten Polizei blieben ergebnislos.

Frau Rosalie Gschl, die zu Tode erschrocken war, als sie bei ihrer Rückkehr vom Ausgang von dem Ueberfall erfuhr, ging mit ihrem Sohne sofort zum Arzt. Er freute sich

„Ja — Lucile muß sofort mit mir zurückkehren.“
„Der Meinung bin ich auch. Aber fangen Sie eine Verheerung die bereits hoch in den Lüften jubiliert!“
„Das Jubilieren wird ihr vergehen, wenn sie die Ueberzeugung gewinnt, daß sie sich aus diesen Lüften herab zu Erde stürzen muß — ich werde die ersten ärztlichen Autoritäten zu Hilfe nehmen.“
„Sie hoffen, mit der Todesfurcht zu wirken?“ — Das fragte sie, die diese Reden verdächtete wie ein Mann? Und wenn nur die kleine Frau auch —
„O bitte — keinen Vergleich!“ unterbrach sie ihn — sie zog die Stirn finster zusammen. „Ich möchte nie mit Lucile verglichen sein. Ich war ein dreizehnjähriges Kind, als ich sie zum erstenmal sah, und weinte damals in einem Gefühl von widerfahrener Schmach und Erniedrigung — ich sah, daß der Reichthum, die niedere Denkwiese in unser Haus eingebrachte, dem mein stolzer Großvater, meine Mutter den Nimbus eines Fürstenhofes zu geben verstanden hatten.“
Sie preßte die Hände auf der Brust zusammen: „Mein Gott, wie tief geht mir das Haßgefühl für dieses frivole Wesen, das so schnell vergehen kann! Felix hätte sein Blut für sie hingegen, und sie — tanzt aus dem Brautjahr hinaus!“
„Sein Bild hatte am Boden gehangen; jetzt hob er langsam die Lider und sah die junge Dame voll an. „Und diese ungeliebte Würde wollen Sie zurückholen, um Ihr ganzes junges Dasein in Verbitterung hinzuschleppen?“
„Muß ich nicht?“ fragte sie mit erstaunt zurück. „Ich kann doch mein Wort nicht brechen? Felix ist tot, und was ich ihm versprochen habe, hat für mich die bindende Kraft, wie man zum Beispiel ein festes Verlöbniß zwischen Mann und Weib nicht einseitig lösen darf, auch wenn es als schwere Kette drückt, selbst wenn es uns mit geistigem Tod drohen sollte.“
Sie unterbrach sich häufig, als sei ihr ein Geheimnis tief aus der Seele geschlüpft.
„Das hört sich an wie spartanische Charakterkraft, wie die strenge Moral selbst, und wäre in seinen Folgerungen doch ebensovollständig, als wenn man Leib und Seele um Hab und Gut verkauft“, sagte er scharf. „Man hat sich sehr zu hüten, daß man mit allzu starr durchgeführten Prinzipien nicht in das geschmacklose feindliche Lager gerät, wie das meist mit dem Extrem geschieht.“

(Fortsetzung folgt.)

Wochen ver...
Kundschau...
Minister...
Kabinett...
baugesetz...
Kommision...
sich doch...
Volkspar...
ihre gesch...
Kommision...
mit allen...
Jann...
erklärt...
die Deut...
dem deut...
solchen St...

8. Oktober.
erstraße.

gestern nach...
am Nach...
warenhand...
he 1. und...
sich zum...
in ihrem...
Zudem...
unter vor...
bernte sich...
rück und...
ausgestell...
der Junge...
reinde den...
als und...
aber, dem...
gefallen...
sächlich ge...
nen Augen...
und indem...
drückte, ver...
reichen, um...
e Luft aus...
Anstrengun...
rte sich...
hinaus, wo...
als stürzte...
verhindern...
der Nachbar...
diese die...
reitenden...
er hatte...
die Verfolg...
sch versch...
ihm entde...
schügten...
roden war...
überfall...
Erfreulich...

...eine Ver...
die Ueberzeu...
code stürze...
Hilfe nehme...
? - Das sog...
und wenn...
ih - Sie...
Lucile vergl...
als ich sie...
fühlt von...
dem mein...
hohenjos...
en: Mein...
die Wesen...
hingegen...
er langsam...
die unsele...
dasein in...
...Ich kann...
das ich ihn...
man zum...
nicht ein...
selbst wenn...
heimnis tief...
erkräft, wie...
haben doch...
hüten, daß...
das gesch...
dem gesch...

weise konnte dieser feststellen, daß der Junge keinen ernstlichen Schaden genommen. Im ihrem Sohne ein kleines Schmerzgeld zu geben, erlaubte ihm die Mutter dann, am Abend das Marionettentheater bei Brinkmann zu besuchen. Er war jedoch noch nicht lange fortgewesen, als er gleich wie der Tod nach Hause gestürzt kam und klagenden Atem erzählte, daß der Mann, der ihn am Nachmittag überfallen, im Theater eine Stuhlreihe vor ihm gesessen habe. Die Mutter eilte mit dem Jungen sofort zur Polizei und mit zwei Beamten dann zu Brinkmann, wo es dann auch gelang, den nichtsahnenden Übeltäter ohne viel Aufsehen festzunehmen.

Wie uns von der Polizei mitgeteilt wird, handelt es sich um den 18jährigen Kellnerlehrling Hans Maue aus Hannover, der zuletzt in Hamborn wohnhaft war. Der verwegene Bursche hat, wie jetzt festgestellt werden konnte, schon eine ganze Reihe Straftaten auf dem Kerbholz. Er tauchte bald in Hannover, bald in Duisburg, Böhne oder Hamborn auf, wo er die Hotels, in denen er wohnte, um die Zechen presste. Weiter hat er in Böhne einem Landwirt an der Chaussee nach Gohfeld aus einem verschlossenen Schlafzimmer 20 M und eine silberne Damenuhr entwendet. Er durchsuchte dann das Gehöft weiter nach Geld, wurde aber gestört und floh, seine Handtasche mit Creme und Zitrin zurücklassend. Die silberne Uhr hat er bei einem hiesigen Uhrmacher für 75 M verkauft. Bei dem Verhafteten fand man weiter ein Sparbüchlein über 3799 M. Wie er anmerkt, hat er dies einem Landwirt in Vernebeck aus einem Koffer gestohlen, als er auch dessen Gehöft nach Geld durchsuchte. Der Verhaftete wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Gegen die hohen Schuhpreise.

Protestversammlung der Schuhwaren-Kleinhandl.

Am Mittwoch nachmittag fand im Handwerkerhause in Bielefeld eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung der Schuhwarenhandl. der Bezirke Bielefeld, Herford, Detmold, Gütersloh, Hameln, Minden, Osnabrück, Paderborn usw. statt, die sich mit den Preissteigerungen auf dem Schuhwarenmarkt befaßte. Der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Schuhwarenhandl., Herr Schürmer, hielt ein Referat über die Marktlage, die enorme Preissteigerung und die Selbsthilfe des Schuh-Kleinhandels. Der Redner betonte, daß der Kleinhandel an den ungeheuren Schuhpreisen schuldlos sei. Diese seien vielmehr durch die stetig steigenden Häutepreise und die hohe Löhne hervorgerufen. Nicht wenig hätten aber auch die Verbraucher selbst zu den Preissteigerungen beigetragen. Es sei Tatsache, daß zu der Zeit, als die Stiefelpreise ungefähr 150 M betrugen, beispielsweise eine einzige Familie bis zu 3000 M Waren eingekauft habe. Dadurch wäre naturgemäß eine Knappheit auf dem Schuhwarenmarkt hervorgerufen worden. Viel Schuld hätte auch das Unwesen der Schieber, die alle Vorräte der Schuhfabriken um jeden Preis an sich gebracht und dem regulären Handel eine Neuauflage nur sehr schwer und nur zu den höchsten Preisen möglich gemacht hätten. Der Kleinhandl., der sich immer mit einem zehnprozentigen Aufschlag begnügt habe, sei durch diese mit einem starken Rückgang des Umsatzes verbundenen Verhältnisse schwer getroffen und könne keine neue Preissteigerung mehr ertragen. Wenn er vor dem Untergang bewahrt bleiben solle. An den erhöhten Preisen habe der Händler kein Interesse, für ihn sei es vorteilhafter, wenn die Schuhpreise so gehalten seien, daß sich jeder in Schuhwaren gehörig eindecken könne. Gegen weitere Preissteigerungen müsse Protest eingelegt werden, aber auch der Händler selbst könne die Preisbildung beeinflussen und auf einen Abbau hinwirken, wenn er sich in seinen Bestellungen beschränke, und nur das Notwendigste in Auftrag gebe.

In der sich anschließenden regen Aussprache wurde unter anderem eine erhöhte staatliche Aufsicht über die Häuteauktionen gefordert. Zum Schluß wurde zu der Preissteigerung folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die heute im Handwerkerhause zu Bielefeld zahlreich vertretenen Schuhhändler aus Teilen Westfalens sowie der angrenzenden hannoverschen Bezirke und beider Lippe protestieren ganz entschieden gegen die neuerdings eintretende Preistreibe auf dem Häutemarkt und die dadurch hervorgerufene Verteuerung von Leder und Schuhwaren.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß statt Steigerung der Preise ein weiterer Abbau stattfinden muß, damit Schuhwaren, die notwendigen Gebrauchsartikel, für jeden käuflich bleiben. Einstimmig lehnen wir es ab, diese Steigerung zu unterstützen, und fordern sämtliche Schuhhändler Deutschlands auf, sich mit uns einig zu erklären. Von den Verbandsleitungen verlangen wir entsprechende Maßnahmen im Verein mit den Schuhfabriken, um eine Gesundung der Preisbildung nach unten herbeizuführen.

Eine sehr lebhaft ausgesprochene rief auch der zweite Punkt der Tagesordnung hervor: Protest gegen den Handel mit Schuhwaren durch die Gemeinden, Kommunen, Werke, Gewerkschaften, Betriebsräte usw. Allgemein wurde die Auflösung der Reichsschuhstelle gefordert, die meist nur minderwertige Schuhwaren dem Publikum zuführe und ihrer Aufgabe nicht gerecht werde. Staatshilfe will man nicht anrufen, da dies zur erneuten Einführung der Zwangswirtschaft führen könne, sondern man will versuchen, der Reichsschuhstelle durch den Vertrieb eines Einheitsstiefels Konkurrenz zu machen und deren Fabrikate zu verdrängen. Ferner soll gegen alle Fabrikate, die Werke usw. direkt mit Schuhwaren beliefern, der Boykott verhängt und bei den Kommunen darüber gewirkt werden, daß die ihnen überlassenen Schuhwaren durch die Schuhwarenhandl. auf das Risiko der Kommunalverbände übernommen und verkauft werden. Diesen Forderungen gab die Versammlung dann in folgender Entschliebung Ausdruck:

Die Versammlung nimmt energig Stellung gegen die Geschäftsführung der Reichsschuhverwaltung, die zu einer enormen Schädigung des allgemeinen Volksvermögens führt, ebenso aber auch gegen den Handel mit

Schuhwaren seitens der Kommunen, Gewerkschaften usw., die unbedingt die Steuerkraft einer erheblichen Schicht des Mittelstandes schwächt, und beauftragt den Vorstand der hiesigen Ortsgruppe, in Verbindung mit dem Verband deutscher Schuhwarenhandl. alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, diese Schäden abzustellen.

Das Wetter am Sonnabend. Bald heiter, bald wolfig, vorwiegend trocken, Tag mild, windig.

Wahlen zum Kaufmanns- und Gewerbegericht. In diesem Monat finden die Wahlen zum Kaufmanns- und Gewerbegericht statt. Wahlberechtigt sind die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die sich bis morgen in die im Rathaus anliegenden Listen eintragen lassen. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit und der sehr erhöhten Zuständigkeit dieser Sondergerichte (bis zu einem Jahreseinkommen von 15 000 M) ist es dringend erwünscht, daß sich sämtliche Wahlberechtigte eintragen.

Keine Sonderversorgung der Kranken mehr. Das Lebensmittelamt teilt mit: Nachdem nunmehr die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Fleisch, Räte, Margarine, Öl und ein Teil der Nahrungsmittel aufgehoben worden ist, fällt auch die Sonderversorgung der Kranken fort. Nur in besonders dringenden Fällen werden die Ärzte in Zukunft noch Aufträge für Krankentrakt und Milch ausstellen. Zur Zeit schweben Erwägungen darüber ob Nahrungsmittel (Hafersflocken, Graupen, Grieß und Nudeln) für Kranke, verbundene und kranke Mütter, Personen über 70 Jahren und Kinder weiterhin der Bewirtschaftung unterliegen sollen. Da von den vorgenannten Nahrungsmitteln vorerst keine Zuweisungen erfolgen können, diese Waren vorläufig nicht abgegeben werden. Wir haben aber noch ein Quantum Hafersmehl und kann hierauf auf die ausgegebenen Hafersflocken- und Nahrungsmittelmarken in den nachstehenden Geschäften: Konsumverein, Rennstraße; August Klein, Rennstraße; Carl Mannmann, Neuer Markt; Wm. Strath, Elisabethstraße, gekauft werden. Der Preis beträgt 1,50 M für das Pfund.

Verkauf der Kartoffeln für Minderbemittelte. Wie das Lebensmittelamt schreibt, hat die Anlieferung der vom Landreise Herford für die minderbemittelte Bevölkerung zugewiesenen 25 000 Zentner Kartoffeln begonnen. Aus den Gemeinden Götting, Dieblich, Schwarzenmoor, Exter, Solterwisch und Enger sind bereits größere Futtern eingebracht, die Gemeinden Wehendorf und Böhdinghausen werden in der nächsten Woche zu liefern beginnen. Der Verkauf wird in den nächsten Tagen einsetzen. Die Kartoffeln werden zum Preise von 25 M von den Landwirten abgegeben, dazu kommen folgende Aufkosten: Händlergebühr bzw. Gebühr für die Genossenschaft 1,75 M, Fuhrlohn bzw. Fracht 1 M, Schwund und Einwiegen circa 5 Proz., 1,40 M, sonstige Aufkosten (Arbeitslohn usw.) 60 Pf. Mithin kostet der Zentner Kartoffeln insgesamt circa 30 M. Durch städtische Mittel wird der Verkaufspreis auf 20 M gesenkt, so daß also ein Zuschuß von mindestens 10 M für den Zentner geleistet werden muß.

Ein Falschspieler verhaftet. Von der Polizei wurde ein von der Staatsanwaltschaft Bielefeld steckbrieflich gesuchter Mensch festgenommen, der im Wartsaal 4. Klasse durch Falschspielerei mehreren Hausdienern hiesiger Hotels größere Summen Geld abgenommen hatte.

Spiele nicht Fußball auf den Straßen. Trotz scharfen Vorgehens der Polizei spielt die Jugend immer wieder in den Straßen der Stadt Fußball. Dadurch können sehr leicht Beschädigungen und Unfälle entstehen. So kam an der Eimterstraße ein Radfahrer durch das Ballspielen zum Fall und zog sich einen Schläfeneinbruch zu. Die Eltern tun gut daran, ihren Kindern das Spiel auf den Straßen zu untersagen und sie auf die Spielplätze zu verweisen, schon darum, weil sie für einen durch ihr Kind verursachten Schaden aufkommen müssen.

Wiederum ein Fahrrad Diebstahl. Vor einer Wirtschaft am Steinweg wurde wieder ein Fahrrad, Marke Gördie Nr. 502 284, gestohlen. Das Rad ist schwarz lackiert, hat grüne Felgen mit gelben Streifen und Gummibereifung.

Einbruch Diebstahl. In einer Verkaufsbude am Bahnhof wurde eingebrochen und 200 Zigarren, circa 300 Zigaretten und 2 Kartons Seife gestohlen.

Vorsicht vor einer Schwindlerin. In verschiedenen hiesigen Geschäften erschwandete sich ein Mädchen unter der Vorspiegelung, bei einer hiesigen Herrschaft in Stellung zu sein, Danks und anderes mehr. Die Person ist circa 25 bis 26 Jahre alt, dunkelblond, glatt gekämmt, blasser Gesichtsfarbe, trägt dunkles Kleid, graue Handschuhe ohne Kopfbedeckung und hat auf dem Kopf ziemlich starken Ausschlag, der namentlich auf der Stirn deutlich zu sehen ist.

Am Blotho.

r. Blotho, 7. Okt. Der Kleinbahnverkehr auf den Herforder Kleinbahnen hat in Blotho seit 1914 eine Steigerung um über 400 Prozent erfahren. 1914 wurden hier 506 Fahrkarten 2. Klasse und 18 431 3. Kl., 1917 2034 2. Kl. und 40 695 3. Kl. und im vergangenen Betriebsjahr 5033 2. Kl. und 78 492 3. Kl. abgegeben. Einem Gesamtpersonverkehr von 23 127 in 1914 und 55 226 in 1917 steht im letzten Jahre eine Beförderungsziffer von 96 746 Personen gegenüber. Im Gegensatz zum Personenverkehr muß ein Rückgang im Güterverkehr festgestellt werden. 1914 kamen 18120,09 Tonnen, 1917 15 918,48 Tonnen und 1919 10 304,33 Tonnen zu Versand und zwar u. a. 1914 356,27 Tonnen, 1917 475,37 Ton., 1919 370,90 Ton. Stützgut, 1914 17 694,30 Ton., 1917 15 421,04 Tonnen, 1919 9902 Tonnen Wagenladungen und 1914 264, 1917 86 und im letzten Jahre 74 Stück lebende Tiere. Der Empfang von Gütern blieb etwa gleich. 1914 kamen 1798,88 Ton., 1917 4557,30 Tonnen und 1919 1728,22 Ton. Güter in Blotho an. Der Umschlagverkehr am Hafen Blotho hat seit Ausbruch des Krieges einen sehr bedauerlichen Rückgang erfahren. Der Grundgrund mag darin liegen, daß die Einfuhr von Getreide und anderen Gütern aus dem Auslande unterbunden ist. In den Monaten April bis August 1914 wurden am Hafen 11 460 Tonnen umgeschlagen oder 2789 Tonnen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres vom September bis März 1915 dagegen nur 4426 Tonnen gegen 13 885 Tonnen im Vorjahre. 1917 wurden nur 14 053 Tonnen, und zwar Steintohlen, umgeschlagen, im verfloßenen Jahre gar nur noch 7263 Tonnen, im einzelnen: 3976 Tonnen Steintohlen, 2688 Tonnen Kies und Sand, 391 Tonnen Holz, 135 Tonnen Gerbstoff und 73 Tonnen Zellulose. So ist das Bild das sich hier ergibt, kein besonders rosiges, doch geben wir die Hoffnung, daß wieder bessere, lebhaftere Zeiten kommen, nicht auf.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Münster, 7. Okt. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung bewilligte zur Herabsetzung der Kartoffelpreise für die minderbemittelte Bevölkerung 1 1/2 Millionen Mark, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen.

Wb. Köln, 6. Okt. Rheinische Blätter bringen wieder einmal Nachrichten über einen nahe bevorstehenden Putz, der diesmal für das Ruhrrevier angelegt wird. Die Meldungen stützen sich auf die angeblich richtige Tatsache, daß in den letzten Wochen auffallend viel Polen und Russen im Industriebezirk aufgekauft seien, und sie wissen das so zu erklären, daß es sich hier um Kommunisten handelt, die in einem großen Bergarbeiterstreik und im Anschluß daran politische Unruhen produzieren wollten.

Wpl. Bochum, 7. Okt. Einen seltenen Besuch erhielten die Städte Bochum und Neckinghausen. Großpolnische Offiziere aus dem Internierungslager Minden, mit Urlaubsscheinen dieses Lagers versehen, stellten den polnischen Komitee für Rheinland und Westfalen einen hoch offiziellen Besuch ab. Das höchste polnische Komitee in Bochum bereitete seinen Gästen einen höchst glänzenden Empfang und das in einer Zeit, wo der polnische Staat die Deutschen in jeder Beziehung unterdrückt und drangaliert. Auch wird uns mitgeteilt, daß zwischen dem Internierungslager und Berlin ein reger Verkehr der polnischen Offiziere stattfindet.

Wotrup, 5. Okt. Eine Unglückszucht scheint die Zucht „Arenberg-Forstung“ hier zu sein. Nicht weniger als fünf Bergleute sind in den letzten Tagen hier bei Ausübung ihrer Berufsarbeiten zu Tode gekommen. Der Schachtrepauraturhauer Frida wurde beim Einbau eines neuen Korbes von einem halben Zentner schweren Stein, der aus 50 Meter Höhe herabgestürzt war, erschlagen. Fast zu gleicher Zeit fanden die Bergleute Breidenbach, Kupla und Pieper infolge angefallener Sprengstoffe den Erstickungstod. — Bald darauf geriet der Rutschmann Melitor in einen Sprengschuß und wurde tödlich verletzt.

Wb. Berlin, 7. Okt. Am Streik der Angestellten im Zeitungs-gewerbe sind nach einer Mitteilung des Vorwärts etwa 2400 männliche und weibliche Angestellte beteiligt. Von der Auslieferung sind etwa 5000 bis 6000 Arbeiter betroffen, die sich in der Hauptstadt auf die Verbände der Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter und Buchbinder verteilen.

Herzlichen Dienst für Notfälle

haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 10. Oktober: San.-Rat Dr. Pape und Dr. Weinberg.

Wirtschaftsleben.

Devisenturse.

Jär je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Kursabzählungen:	7. Okt.		6. Okt.	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam-Rotterdam	1938,05	1941,95	1938,00	1937,00
Brüssel-Rotterdam	444,55	445,45	444,55	450,45
Christians	889,10	870,90	882,10	890,90
Kopenhagen	876,60	873,40	891,60	873,40
Stockholm	1246,24	1248,76	1271,20	1273,80
Helsingfors	173,80	174,20	177,80	178,20
Stallen	245,75	246,25	250,70	251,30
London	219,75	222,25	222,75	223,25
Newyork	62,93	63,04	63,68	63,82
Paris	420,55	421,45	423,59	424,45
Schweiz	—	—	—	—
Spanien	—	—	—	—
Wien (alles)	21,84 1/2	21,90 1/2	22,97	—
do. (Deutsch.-Ost. abgeseimp.)	21,97	22,03	22,84 1/2	22,90 1/2
Bras.	82,02 1/2	82,22 1/2	82,65	82,85
Bombay	18,48	18,52	17,68 1/2	17,89 1/2

Die neuen Brantweinpreise. Die Bekanntmachung über die Ueberrahmepreise von Brantwein für das Betriebsjahr 1920-21 werden nunmehr veröffentlicht. Der Brantweinpreis beträgt danach 600 M für 100 Liter Weingeist. Die Zuschläge für Brantwein, der innerhalb des Brennrechts hergestellt ist, betragen für Brantwein aus Wein 7400 M, aus Kirichen, Pfirsichen und Kirschen 6400 M, aus Zwetschen, Pflaumen, Mirabellen, Schlehen, Vogelbeeren, Holunderbeeren und Wacholderbeeren 4400 M, aus Himbeeren, Brombeeren, Heidelbeeren und Enzian 7400 M und aus anderen im Gesetz über das Brantweinmonopol genannten Stoffen 2900 M pro 100 Liter Weingeist. Für Brantwein aus Getreide stellt sich der Zuschlag auf 188 M.

Die Kohlenförderung im September. Die Kohlenförderung im Ruhrrevier im Monat September stellte sich einschließlich der linksrheinischen Bechen nach den vorläufigen Berechnungen an 26 Arbeitstagen (26 Arbeitstage im Vormonat) auf 7,59 Millionen Tonnen (7,29 Millionen Tonnen im Vormonat), das ist arbeitstägig 219 940 Tonnen (280 445 Tonnen). Die Steigerung dieser Ziffern läßt darauf schließen, daß die Zahl der Ueberbrachten im Ruhrgebiet im September zugenommen hat.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 6. Oktober.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg ab Station:

	6. 10.	5. 10.	6. 10.	5. 10.
Vittorialeisen	260-285	260-280	Silber, ansl. u. inl.	—
blei. kleine	205-285	201-235	Trockenfisch	78-81
Futtererbsen	160-180	160-180	Trockenfisch	70-72
Linsen	400-460	400-460	Sägemehl	—
Reis	150-170	150-170	Sägemehl	—
Kerbschoten	160-180	160-180	Wiesenh., lose	28-30
Wicken	130-160	130-160	Kleeheu	37-40
Erbsen	—	—	Stroh, drahtgepr.	21-24
Serradella	75-80	75-80	do. gebündelt	18-20
Raps	410-415	410-418	Rais, Oktober	—
Rüben	5-10, bar.	5-10, bar.	do. Nov.-Dez.	176-177
Reinraut	870-885	870-885	do. Nov.-Febr.	—
Mohn	500-600	500-566	Reis, Brasil, voll	9,00
Dotter	—	—	do. Jan.	8,80
Senf	180-210	180-210	Baumwolle, loco	9,75

Erbsen, neue, blaue, 70-85 M., neue gelbe 80-100 M.
Serradella, neue 100-115 M.
Rais 1000-1800 M., Weisfl. 200-2600 M., Schweden-Weis 1600-2600 M., Weisfl. 340-400 M.
Mais, loco Hamburg-Bremen 188 M.
Saisongreis loco 8,60 M., Okt.-Dez. 8,30 M.
Balencareis 11 M.

Kartoffelpreise. Die Preisberechnung des Deutschen Landwirtschaftsraats meldet aus Schwerin vom 5. Oktober: Erzeugerpreise je Zentner ab Verladestation: Speisekartoffeln weiße 29-31 M., rote 28-30 M.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese; beide in Herford.

